

**Nahost** – Kirchentag verbietet umstrittene Schau über das Schicksal der Palästinenser. Pfullinger Verein wehrt sich

# Erneut Streit um Nakba-Ausstellung

VON MELINDA WEBER

PFULLINGEN/NÜRNBERG. Es ist eine Ausstellung, die seit Jahren immer wieder für Diskussionen und Proteste sorgt: »Die Nakba – Flucht und Vertreibung der Palästinenser 1948«. Konzipiert wurde die Schau 2008 von dem Pfullinger Verein Flüchtlingskinder im Libanon. Bei der allerersten Ausstellung protestierte etwa die Deutsch-Israelische Gesellschaft Ulm »gegen die systematisch angelegte Einseitigkeit zu Lasten Israels«. In den folgenden Jahren wurde der Verein wegen der Ausstellung immer wieder mit Vorwürfen konfrontiert, gegen die er sich immer wieder zur Wehr setzte. Auf seiner Internetseite ist die »Chronologie der Auseinandersetzungen um die Nakba-Ausstellung« mittlerweile sogar als eigene Rubrik aufgeführt.

Doch immer fanden sich auch Befürworter der Ausstellung, die sich hinter den Verein stellten und dafür aussprachen, dass die insgesamt 13 Ausstellungstafeln gezeigt werden dürfen. Darunter auch namhafte Personen wie Günther Grass oder Norbert Blüm. In den vergangenen Jahren ist die Ausstellung in mehr als 175 Orten in Deutschland, den angrenzenden Ländern, in England, den USA und weiteren Staaten gezeigt worden. Auch im EU-Parlament in Straßburg war sie bereits zu sehen, außerdem mehrfach auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag (DEKT), zuletzt 2019. Für den diesjährigen Kirchentag in Nürnberg im Juni hat das Präsidium des DEKT dem Verein nun aber verboten, die Ausstellung zu zeigen. Eine Entscheidung, die dieser so nicht hinnehmen will.

## Bereits fünf Mal dort gezeigt

Bereits im November sei ihnen mitgeteilt worden, dass er beim diesjährigen Kirchentag zwar mit einem Stand auf dem Markt der Möglichkeiten zugelassen ist, die Nakba-Ausstellung dieses Mal aber nicht zeigen darf, berichtet Ingrid Rumpf, Vorsitzende des Vereins Flüchtlingskinder im Libanon. Auf dem Markt der Möglichkeiten können Vereine und Initiativen sich und ihre Themen zu präsentieren.

Bereits seit 1999 sei der Pfullinger Verein auf dem Markt der Möglichkeiten vertreten. »Immer ohne Beanstandung und mit guten Erfahrungen«, betont die Pfullingerin. Allein fünf Mal sei die Ausstellung bisher dort gezeigt worden. Weshalb dies nun nicht mehr möglich sein soll, ist für sie nicht nachvollziehbar, zumal die Entscheidung zunächst, trotz mehrmaliger Nachfragen, nicht begründet worden sei.

Und eine Begründung hatte in den vergangenen Wochen nicht nur der Verein, sondern unter anderem auch eine Gruppe prominenter Christen gefordert: »Diese Ausstellung ist auf früheren Kirchentagen



Ingrid Rumpf, Vorsitzende des Vereins Flüchtlingskinder im Libanon, stellte 2014 die Nakba-Ausstellung im EU-Parlament in Straßburg vor. Auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag in Nürnberg darf die Ausstellung in diesem Jahr nicht gezeigt werden. FOTO: VEREIN

schon gezeigt worden. Angesichts der neuen, uns beunruhigenden Israel/Palästina-Krise halten wir es für wichtig, sie erneut zur Diskussion zu stellen«, hieß es in einer Erklärung, die im Februar veröffentlicht wurde. Unterschrieben war diese unter anderem vom früheren Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖKR), Konrad Raiser, und seiner Ehefrau Elisabeth Raiser, die evangelische Präsidentin des ersten Ökumenischen Kirchentages 2003 in Berlin war.

## Der Vorwurf: zu einseitig

Mittlerweile hat sich der DEKT auch öffentlich zu den Gründen des Verbots geäußert – und dieses erneut bekräftigt: »Die Ausstellung, die in früheren Jahren gezeigt wurde, ist in ihrer Einseitigkeit seit Jahren überarbeitungsbedürftig, und sie ist diese Überarbeitung bisher schuldig geblieben. Die Ausstellung in dieser Form schließt die Diskussion mehr, als dass sie sie öffnet. Wir werden die Diskussion um Israel, Palästina und die Verantwortung Deutschlands auf dem Kirchentag in Nürnberg führen«, so der Beschluss des Präsidiums. Unter anderem sei eine Podiumsveranstaltung zum Thema Minderheiten in Israel geplant, wie die Pressestelle auf Nachfrage wissen lässt.

Eine Begründung, die Rumpf und der Verein nicht akzeptieren wollen und sich

in einer öffentlichen Stellungnahme nun erneut gegen die Entscheidung des DEKT positionieren. »Die Nakba-Ausstellung ist weder einseitig noch überarbeitungsbedürftig«, teilt der Verein mit. Der Kirchentag habe in den vergangenen 13 Jahren nicht einmal die Forderung nach einer Überarbeitung der Ausstellung erhoben. »Sie richtet ihren Fokus auf einen in der Öffentlichkeit weitgehend unbekanntem Aspekt des Nahostkonflikts, nämlich die Flucht und Vertreibung der PalästinenserInnen 1948.« Was über die Wahl des Titels ebenfalls klar kommuniziert werde.

Der Verein sehe seine Aufgabe darin, »fehlendes Wissen über die Geschichte und die Anliegen der palästinensischen Flüchtlinge zu vermitteln und dadurch Verständnis und Empathie für deren Situation zu wecken«. Die Ausstellung schließe keine Diskussionsräume, so der Verein, bisherige Besucher hätten berichtet, dass durch die Ausstellung ihr »Verständnis vom Nahostkonflikt erweitert worden ist«. Dass die Ausstellung einst unter anderem sogar vom Evangelischen Entwicklungsdienst gefördert wurde, unterstreiche zudem die Berechtigung des Projekts.

Auf Nachfrage zu den Hintergründen des Verbots verweist Milena Vanini, Pressesprecherin des DEKT, erneut darauf, dass die Ausstellung »eine bewusst einseitige Perspektive aus Sicht der Palästinenser:

innen auf die Staatsgründung Israels 1948« wähle. Ebenfalls verweist sie auf den Antisemitismusbeauftragten des Landes, Michael Blume, der in seinem Antisemitismusbericht von 2019 »genau diese Einseitigkeit kritisiert und gefordert« habe, »die Ausstellung müsse überarbeitet werden.«

## Nakba trotzdem thematisieren

Die Bewerbungen für das Programm würden für jeden Kirchentag neu geprüft und bewertet, auch für die vergangenen Zulassungen der Ausstellung habe es stets Kritik gegeben, betont Vanini: »Die Debatte über Israel und Palästina hat sich in Deutschland zuletzt dermaßen verhärtet, dass eine Neubewertung der Ausstellung erfolgen muss.« Zudem sei dem Verein gegenüber deutlich gemacht worden, dass es kein »allgemeines Verbot gibt, über die Nakba und ihre Folgen zu informieren.«

Dies bestätigt auch Rumpf. Den Stand auf dem Markt der Möglichkeiten wollte man weiterhin aufbauen, in welcher Form die Nakba dort thematisiert werden soll, dazu wollte sie sich noch nicht konkret äußern. Einen Vorwurf spielt der Verein nun aber an die Verantwortlichen zurück: »Anstatt Diskussionsräume zu öffnen, schließt das Präsidium sie für den diesjährigen Kirchentag.« (GEA)